

Rechte der Palästinenser missachtet zugunsten machtpolitischer Interessen

Einige Anmerkungen zum Treffen des Assoziationsrats der EU mit dem Staat Israel

Pako, 06.10.22

Bekannte Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International*, *B'Tselem*, *Human Rights Watch* und etliche UN-Vertreter haben gerade in den vergangenen zwei Jahren schwere Vorwürfe gegen den Staat Israel wegen der Menschenrechtsverletzungen erhoben. Es liegen inzwischen einige Studien vor, die ein israelisches Apartheidregime im gesamten historischen Mandatspalästina nachweisen. Von der EU fordern die Menschenrechtler dringend politische Konsequenzen – z. B. *Amnesty International* und *Human Rights Watch*, die die klare Benennung des Apartheidsystems erwarteten. Beim Treffen des EU-Assoziationsrats waren trotzdem übliche Töne mit Feigenblatt-Charakter zu hören.

Israel hat jeglichen Widerstand gegen die Unterwerfung der Palästinenser als Terrorismus eingestuft, und die EU hat - mit gelegentlichem Murren - das israelische Narrativ akzeptiert.

Trotz des massiven Siedlungsausbaus gerade auch unter der politischen Verantwortung von Lapid, fand der EU-Außenbeauftragte Borrell für Lapids durchsichtige Show vor der jüngsten UN-Generalversammlung lobende Worte (1).

War das ein Ansporn, sich in Richtung Frieden zu bewegen? Nein, das konnte auch Borrell nicht meinen. Denn die Siedlungspolitik hat schon längst einen Punkt erreicht, der jedem Anhänger überdeutlich zeigt, dass die Zwei-Staaten-Lösung nie ein wirkliches Modell für irgendeine israelische Regierung oder zionistische Partei darstellte.

Die wenigen besorgten Anmerkungen seitens Borrell in Richtung Siedlungserweiterungen und der großen Zahl von der israelischen Besatzungsmacht getöteter Palästinenser werden wirkungslos bleiben, wie auch Borrell aus jahrzehntelanger Erfahrung mit israelischer Politik weiß. Die Regierung Bennett-Lapid hat noch einmal kräftig zum Siedlungsbau beigetragen. Unter vielen anderen Punkten zur Siedlungserweiterung in der Westbank stellt *Peace Now* in ihrem Bericht vom Juni 2022 über ein Jahr Bennett-Lapid-Regierung fest:

„**Strategisch tödliche Pläne** - Die Bennett-Lapid-Regierung förderte eine Reihe von strategisch tödlichen Plänen, die insbesondere die Chancen für die palästinensische Entwicklung und Kontinuität, die Zwei-Staaten-Lösung und das Erreichen einer politischen Einigung beeinträchtigen. Unter anderem förderte die Regierung eine neue Siedlung in Atarot, den E1-Plan, die Erweiterung des Nationalparks um die Altstadt, eine neue Siedlung in der Nähe von Ariel, einen Plan, der Har Homa und Givat Hamatos miteinander verbindet, den Beginn des

Baus einer neuen Siedlung in Hebron (zum ersten Mal seit 40 Jahren), die Fertigstellung des Plans in E2 und vieles mehr.

Neue Außenposten - Unter der Bennett-Lapid-Regierung wurden sechs neue illegale (auch nach der Rechtsauffassung im Staat Israel) Außenposten gegründet: Givat Hadegeel in den südlichen Hebron-Hügeln, Karnei Re'em im Gebiet von Salfit, Mevo'ot Jericho Farm nördlich von Jericho, Julius Farm im Norden des Jordantals und der Außenposten Ohavey-Ya westlich von Bethlehem.

Unterstützung der Vertreibung von Familien in Ostjerusalem zugunsten von Siedlungen - Die Bennett-Lapid-Regierung wurde mehrfach wegen der brennenden Frage der Vertreibung palästinensischer Familien in Ostjerusalem angerufen. Der Oberste Gerichtshof bat den Generalstaatsanwalt um eine Stellungnahme zu diesem Thema und gab der Regierung tatsächlich eine günstige Gelegenheit, bei der Verhinderung der massiven Enteignung mitzuwirken. Die Regierung zog es jedoch vor, nicht einzugreifen und die Zwangsräumungen sogar zu unterstützen.

Abrisse - Die Bennett-Lapid-Regierung vertiefte die Politik der Vertreibung von Palästinensern und deren Beschränkung auf die begrenzten Enklaven in den Gebieten A und B. Bis zum 6.6.22 hatte die Zivilverwaltung 639 palästinensische Gebäude in Gebiet C abgerissen, wodurch 604 Menschen ihr Zuhause verloren. Dies ist ein Anstieg um 35 % im Vergleich zum Durchschnitt der Abrisse in den Netanjahu-Jahren (474 Gebäude pro Jahr). In Ostjerusalem wurden 189 Gebäude abgerissen und 450 Palästinenser wurden dadurch obdachlos. Dies ist ein Anstieg um 59 % im Vergleich zu den Netanjahu-Jahren. Darüber hinaus gab es Versuche, ganze Gemeinden in Humsa und Ras a-Tin im Jordantal sowie in Masafer Yatta in den südlichen Hebron-Bergen zu vertreiben.“ (2)

Und es ist diese Lapid-Regierung, unter der die Zahl der von der israelischen Besatzungsmacht getöteten Palästinenser (darunter zahlreiche Kinder und andere Zivilisten) einen neuen Höhepunkt seit 2007 erreicht.

David Cronin zeigt den **Hintergrund für das Verhalten der EU-Politik, das den wirklichen Verhältnissen so wenig gerecht wird.** (3)

Er weist auf ein durchgesickertes **EU-Papier mit Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit** mit dem Staat Israel hin (4)

Ein Auszug aus Cronins Artikel:

... Das Papier wurde von Brüsseler Beamten im Vorfeld einer Sitzung des Assoziationsrates mit Israel in der kommenden Woche verfasst. Es beweist, dass der Unterdrückung der Palästinenser und dem Raub ihres Heimatlandes weit weniger Bedeutung beigemessen wird als Themen, die als strategischer angesehen werden.

Besonders aufschlussreich ist die Tatsache, dass die EU „die **erfolgreichen Dialoge zur Terrorismusbekämpfung** feiert, die 2015 mit Israel aufgenommen wurden“, wie es in dem Papier heißt.

Während **solche „Dialoge“ noch im April dieses Jahres stattfanden, hat eine „informelle“ Arbeitsgruppe zu Menschenrechten seit 2016 nicht mehr getagt.**

Aus diesen Punkten lässt sich der wahre Charakter der Beziehungen der EU zu Israel ableiten.

Gereizt?

Weit davon entfernt, gereizt zu sein, haben sich die Beziehungen weitgehend so entwickelt, wie Israel es sich wünscht. Sentimentale Bedenken bezüglich der Menschenrechte wurden beiseite geschoben, damit die Erwachsenen sich ernsthafteren Dingen zuwenden können.

Fast unmittelbar nach dem Einschlag der entführten Flugzeuge in die New Yorker Zwillingstürme am 11. September 2001 begannen hochrangige israelische Politiker, sich als unverzichtbare Akteure im „globalen Krieg gegen den Terror“ aufzuspielen.

Israel hat jeglichen Widerstand gegen die Unterwerfung der Palästinenser als Terrorismus eingestuft, und die EU hat - mit gelegentlichem Murren - das israelische Narrativ akzeptiert.

In dem für die Tagung des Assoziationsrates in Brüssel vorbereiteten Papier heißt es, dass die EU den „Dialog zur Terrorismusbekämpfung mit Blick auf die Entwicklung praktischer Maßnahmen gerne fortsetzen“ möchte.

Die **nachfolgende Liste der „praktischen Maßnahmen“ enthält den Vorschlag, dass beide Seiten bei Drohnenprojekten enger zusammenarbeiten** könnten. Es wird nicht erwähnt, dass der Staat Israel **mit Drohnen experimentiert hat, indem er sie zur Tötung einer großen Anzahl von Menschen in Gaza einsetzte und dann die Tatsache, dass diese Waffen „kampfgeprüft“ sind, zu einem Alleinstellungsmerkmal machte.**

In dem Papier heißt es, die EU sei „zutiefst besorgt darüber, dass die 1967 begonnene Besetzung der palästinensischen Gebiete bis heute anhält“.

Es ist unmöglich, diese Behauptung ernst zu nehmen. Das Papier spricht sich „entschieden“ gegen den Boykott Israels aus und lehnt damit einen Aufruf von Palästinensern ab, die unter einer Besetzung leben, die die EU-Institutionen und -Regierungen so „ernsthaft“ beschäftigt.

Hohle Kritik

Die Tschechische Republik, die den rotierenden EU-Vorsitz innehat, hat sich nachdrücklich für die Wiederaufnahme des Assoziationsrates mit Israel eingesetzt.

Jan Lipavský, der tschechische Außenminister, sagte im Sommer, dass das Forum nach einer zehnjährigen Pause trotz **„Angelegenheiten mit Israel“** wiederbelebt werde. Es ist bezeichnend, dass er einen harmlosen Begriff wie „Angelegenheiten“ wählt, um den Eindruck zu erwecken, dass die Angelegenheiten, um die es geht, relativ trivial sind.

In Wirklichkeit geht es um Israels Bau und Ausbau von Siedlungen - **Kriegsverbrechen gemäß der Vierten Genfer Konvention.**

Das EU-Papier unterstützt die **Abraham-Abkommen** - eine Reihe von Normalisierungsvereinbarungen zwischen Israel und arabischen Ländern. Diese Abkommen sollen implizit sicherstellen, dass **Kriegsverbrechen des Staates Israel und die unerbittliche Unterdrückung der Palästinenser die Waffenhersteller nicht daran hindern, Aufträge im Nahen Osten und darüber hinaus zu erhalten.**

Das EU-Papier unterstützt auf subtile Weise andere Initiativen, die darauf abzielen, die Aufmerksamkeit von der Notlage der Palästinenser abzulenken.

So wird Israel beispielsweise als „wichtiger Partner“ in Sachen LGBT-Rechte bezeichnet.

Auf diese Weise hat die EU das **Pinkwashing der israelischen Apartheid** unterstützt. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Brüsseler Institutionen - im Gegensatz zu den meisten seriösen Menschenrechtsgruppen – den Staat Israel nie wegen des Apartheidsystems angeprangert haben.

Es gibt noch weitere große Probleme mit dem EU-Papier.

Ein **Verweis auf die Golanhöhen in Syrien lässt unerwähnt, dass diese unter israelischer Militärbesatzung** stehen.

Die Kritik an der **Administrativhaft** - Inhaftierung ohne Anklage oder Prozess - klingt hohl.

Das israelische Ministerium für öffentliche Sicherheit, das die Verantwortung für die Gefängnisse trägt, in denen Palästinenser eingesperrt sind, ist ein bedeutender Empfänger von EU-Forschungsgeldern - ein Umstand, der in dem Papier nicht erwähnt wird.

Und das Papier **versäumt es, eine unabhängige Untersuchung der Tötung der Journalistin Shireen Abu Akleh durch Israel zu fordern.** Stattdessen wird lediglich eine „gründliche Untersuchung“ befürwortet.

Es wird auch ein breiteres Unbehagen über „Die zunehmend hohe Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung als Folge von Aktionen unter anderem der israelischen Sicherheitskräfte“ geäußert. Solche Formulierungen lassen darauf schließen, dass die EU nichts gegen staatliche Gewalt an sich einzuwenden hat. Sie möchte lediglich, dass die israelischen Truppen gelegentlich die Finger vom Abzug nehmen.

Yair Lapid, Israels Premierminister, wurde von der EU-Elite auf die Schulter geklopft, weil er kürzlich seine Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung erklärt hat. Derselbe Lapid genehmigte im August einen Großangriff auf Gaza.

Er hat den Soldaten, die in der Westbank, insbesondere in Jenin, zahlreiche brutale Übergriffe verüben, „volle Rückendeckung“ gegeben.

Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

1. <https://english.alaraby.co.uk/news/israeli-pm-lapid-backs-two-state-solution-palestinians>
<https://www.aljazeera.com/news/2022/10/3/eu-israel-hold-first-high-level-talks-in-10-years>
2. <https://peacenow.org.il/en/the-first-year-of-the-bennett-lapid-government>
3. <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/leaked-paper-proves-eu-has-sidelined-palestinian-rights>
4. <https://media.euobserver.com/88601579195e56e8f953c8f554a5bad1.pdf?fbclid=IwAR2KJqRRBpDlZTWGXFwoCoTyEBJ7TKKSZu7MOtKPb4L6GIBJXWLiVJoSaJA>